

Brennpunkt Terai

Droht nach dem Frieden mit den Maoisten ein Krieg der Kommunalisten?

Thomas Döhne

Während sich in Kathmandu ein neues Interimparlament aus Vertretern von acht Parteien und unter maoistischer Beteiligung konstituiert hat, schüren gewaltbereite Gruppen in der nepalischen Tieflandzone Terai kommunalistische Spannungen von erheblicher politischer Sprengkraft. Bereits Ende Dezember 2006 gaben von Plünderungen, Brandstiftung und Zerstörung begleitete Ausschreitungen in der westnepalischen Stadt Nepalgunj einen Vorgeschmack darauf, was dem Land drohen könnte, wenn es den politisch Verantwortlichen nicht gelingt, die Pandorabüchse ethnisch-regional organisierter Gewalt unter Verschluss zu halten und gleichzeitig berechnete Anliegen der Terai-Bewohner indischer Abstammung (*Madeshi*) auf angemessene politische Teilhabe einzulösen.

Die politischen Spannungen im Terai, dem wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Gravitätszentrum Nepals, sind schon seit geraumer Zeit spürbar. Jahrzehntelange Zuwanderung sowohl aus den nepalischen Bergen, wie auch aus angrenzenden indischen Bundesstaaten haben dazu geführt, dass heute etwa die Hälfte von schätzungsweise 27 Millionen Einwohnern Nepals dort lebt.

Die Binnenmigration aus den Bergen wurde durch den bewaffneten Aufstand der Maoisten beschleunigt, eine Politisierung unterschiedlicher Terai-Regionen auf ethnischer Grundlage forciert.

In den vergangenen zehn Jahren sind vormals kleine Bazar-Orte zu Städten mit einer multi-ethnischen Bevölkerungsstruktur angewachsen, in denen

sich einerseits die komplexe ethnische Vielfalt des Landes abbildet und andererseits Verteilungskämpfe um knapper werdende Ressourcen wie Land, Wasser, Feuerholz sowie um Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen zunehmen. Soziale, sprachliche und kulturelle Unterschiede zwischen den aus den Bergen zugewanderten Bevölkerungsgruppen (*Pabadi*) und indischstämmigen Terai-Bewohnern (*Madeshi*) werden zunehmend für politische Machtinteressen instrumentalisiert.

Separatistische Splittergruppen fordern Unabhängigkeit des Terai

Vom 12. bis 14. Januar 2007 rief eine bewaffnete Gruppe namens Republikanische Befreiungsfront Terai (*Jananatrik Terai Mukti Morcha* JTMM-Goit) einen mehrtägigen Generalstreik (*Bandh*) aus. Diese Gruppe hatte sich 2004 von den Maoisten abgespalten und soll über 200 bewaffnete Kämpfer verfügen. Sie ist in mehreren Terai-Distrikten Ostnepals – Sarlahi, Dhannusha, Rautahad und Saptari – aktiv. Zahlreiche Entführungen, Bomben- und Brandanschläge sowie einige politische Morde gehen auf ihr Konto. Ihr

Thomas Döhne



Madeshi demonstrieren in Janakpur

Koordinator Jai Krishna Goit hat die „nepalischen Herrschenden“ öffentlich aufgefordert, das Terai zu verlassen und strebt die Errichtung eines unabhängigen Terai-Staates an. Sämtliche Ämter und Posten in Verwaltung, Polizei und Armee sollen zukünftig von *Madeshi* besetzt werden, im Terai erhobenen Steuern nur noch dieser Region zugute kommen. Die Gruppe propagiert eine ethnisch motivierte Kampagne in Ostnepal und hat vor kurzem Briefe an zahlreiche Industriebetriebe und Unternehmen geschrieben, in denen die Entlassung sämtlicher *Pabadi* und deren Ersetzung durch *Madeshi* gefordert wird. Ähnlich radikale Positionen vertritt Jwala Singh, Führer einer weiteren JTMM Splittergruppe. Er kritisierte, dass die Interimsverfassung „mit keinem Wort die Belange der *Madeshi* erwähnt“ und kündigte Gesprächsbereitschaft mit der Regierung nur unter der Voraussetzung an, dass das Terai ein unabhängiger Staat wird. Wahlbezirke sollen auf bevölkerungspolitischer Basis neu festgelegt, sämtliche Nicht-Teraibewohner aus der staatlichen Verwaltung und Administration entfernt und die Vereinten Nationen zur Vermittlung in die Gespräche einbezogen werden.

Unruhen weiten sich aus

Nur wenige Tage später, am 16. Januar, rief das Forum für die Rechte der Teraibewohner (MPRF), ebenfalls einen *Bandh* aus und kündigte Massenproteste gegen die tags zuvor in Kathmandu verabschiedete Interimsverfassung an. MPRF-Präsident Upendra Yadav kritisierte, dass darin weder die Anliegen marginalisierter Bevölkerungsgruppen berücksichtigt worden seien, noch die Frage einer föderalen demokratischen Republik thematisiert werde. Die MPRF fordert für die *Madeshi* das Recht auf Selbstverwaltung, angemessene Repräsentanz in Staatsverwaltung und Regierung sowie alle Grundrechte, die auch anderen Nepalis zugestanden werden. Außerdem sollen die Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung auf



Muskelspiele im Terai

der Grundlage eines proportionalen Wahlsystems durchgeführt werden, in dem auch marginalisierte Gruppen wie *Madeshi*, *Janajatis*, Frauen, *Dalits* und andere Minderheiten repräsentiert sind. Seither haben schwere Unruhen in verschiedenen Städten Ostnepals mindestens acht Tote und zahlreiche Verletzte gefordert, und es ist noch nicht klar, wie der offen zum Ausdruck gebrachte Unmut besänftigt werden kann.

Äußerer Anlass für die gewaltsamen Ausschreitungen war der Tod eines 16-jährigen Schülers, der in Verlauf eines Scharmützels zwischen Anhängern der MPRF und Maoisten in Lahan erschossen worden war. Die Regierung behandelte den tödlichen Vorfall zunächst als reines Sicherheitsproblem und versuchte, die Proteste mit polizeilichen Mitteln im Zaum zu halten. Eine Kommission zur Untersuchung des Vorfalls wurde einberufen, den Angehörigen des Jungen eine finanzielle Entschädigung in Aussicht gestellt. In Kathmandu wurde etwa zeitgleich eine Gruppe von MPRF-Vertretern verhaftet, die friedlich gegen die Interimsverfassung protestiert und diese symbolisch als Puppe verbrannt hatten. In Ostnepal blieb die Lage auch Tage nach den Unruhen

weiter angespannt. In der Tempelstadt Janakpur, in Lahan, Birgunj und anderen Städten wurden von den Behörden Ausgangssperren verhängt, nachdem es wiederholt zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten gekommen war. Auch Biratnagar, größte Stadt und wichtigstes Industriezentrum Ostnepals, wurde tagelang durch den Streik MPRF paralytisiert.

Die Unruhen im Terai können sich zu einem Flächenbrand ausweiten, der letztlich die nationale Integrität des Landes bedroht. Daher muss möglichst bald auf höchster politischer Ebene ein konstruktiver Dialog mit anerkannten Vertreter/innen aus der Region begonnen werden, in dem die seit langem schwelende Unzufriedenheit der Terai-Bewohner Gehör findet. Die jüngsten Ereignisse haben bereits eine Zerstörungskraft entfaltet, die den labilen Frieden im Land ernsthaft gefährdet, vor allem, wenn die fristgerechte Durchführung der für Juni 2007 vorgesehenen Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung – der ersten Wahlen überhaupt seit acht Jahren. – unterminiert wird. Wenn das geschieht, könnten sämtliche Pläne für eine politische Neuordnung des Landes zu Makulatur werden.